

) TOP Anmerkung

Oberbürgermeister Pauly macht zu Beginn der Sitzung darauf aufmerksam, dass Fraktions-
sprecher Blaurock nicht Mitglied des Mobilitätsausschusses ist.

Hierauf erklären Stadträtin Bronner und Fraktionssprecher Blaurock, man habe mitgeteilt,
dass Herr Blaurock zukünftig an den Sitzungen teilnehme.

Oberbürgermeister Pauly und Amtsleiterin Engesser weisen darauf hin, dass hierfür ein An-
trag, noch ein Beschluss des Gemeinderats vorliege.

Da es sich in der heutigen Sitzung lediglich um Vorberatungen handle, nimmt Fraktionsspre-
cher Blaurock nach Zustimmung der anwesenden Mitglieder des Mobilitätsausschusses an
den Beratungen teil.

1) TOP Einwohnerfragen

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

2) TOP 9-007/24 Parkleitsystem - weiteres Vorgehen

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und begrüßt die Gäste Herrn
Manuel Landes und Herrn Daniel Greising (Netze BW GmbH).

Nach der Einführung in die Sitzungsvorlage erläutern Herr Landes und Herr Greising
mit Hilfe einer Präsentation, die der Niederschrift beigefügt ist, die technischen Möglichkeiten
eines Parkleitsystems an verschiedenen Parkplätzen in der Innenstadt.

Oberbürgermeister Pauly dankt für die Darstellung. In Anbetracht der Kosten müsse überlegt
werden, ob die Maßnahmen in diesem Umfang gewünscht seien. Gleiches gelte für Schranken
an gebührenpflichtigen Parkplätzen.

Herr Landes weist darauf hin, zusätzliche Kosten wären für Schnittstellen mit Parkscheinauto-
maten, einem Dashboard mit Anzeige von Parkzeitüberschreitungen etc. zu kalkulieren. Zah-
len, Daten und Fakten können klar ermittelt werden. Das System sei digital darstellbar.

Oberbürgermeister Pauly merkt an, heute gelte es der Kenntnissgabe von Möglichkeiten und
diese Präsentation diene als Diskussionsgrundlage.

Auf Rückfragen von Fraktionssprecher Blaurock erklärt Herr Landes, eine Darstellung von
freien Plätzen sei auf Schildern möglich. Die dargelegten Vorschläge seien für Donaueschingen
geeignet. Die Visualisierung über Schilder, Dashboard und Parkschild sei ein offenes System,
das aber kein Abrechnungssystem integriere.

Wenn beispielsweise eine Donaueschingen-App etabliert würde, wäre eine Schnittstelle mög-
lich.

Stadtrat Lienhard dankt für die detailreiche Darstellung, die den Erwartungen entspreche. Der Parksuchverkehr solle reduziert werden. Eine Erfassung mit Anzeige solle auf die großen Parkplätze beschränkt werden. Ihn interessieren die Kosten und welche zusätzliche Infrastruktur erforderlich sei. Dies gelte auch als Entscheidungsgrundlage für ein weiteres Parkhaus. Die Gäste weisen darauf hin, dass zuzüglich zu den 120.000 Euro an Installationskosten jährlich mit einer Summe von etwa 23.000 Euro für das Setup und Reparaturen zu kalkulieren sei. Eine Kameralösung, wie auch eine Sensorinstallation, sei möglich. Die Daten stünden sekundlich zur Verfügung. Die Tiefgarage unter dem Max-Rieple-Platz könne integriert werden.

Fraktionssprecher Milbradt dankt für die Informationen und bittet die Präsentation für die Mitglieder des Gremiums zur Verfügung zu stellen.

Auf Rückfrage von Stadtrat Kuttruff, welche Erfahrungswerte vorgestellt werden können und ob es Mindestanforderungen zur Anzahl und Größe von Parkfeldern gäbe, informiert Herr Greising, in dem offen gestalteten System könne frei entschieden werden. Offene Schnittstellen können mit beliebigen Park-Apps verknüpft werden. Es gibt keine Mindestgröße oder erforderliche Anzahl von Sensoren. Es sei eine schrittweise Einführung des Systems möglich. Die Anzeigetafeln sind in der dargestellten Kalkulation nicht integriert, da noch bestimmt werden müsse, welche Größe in welcher Anzahl gewünscht sei. Eine Datenerfassung erfolge unabhängig von einer Anzeige.

Stadträtin Wiemer dankt für den zielführenden Vortrag und der überraschend einfachen Datenerfassung. Auf Rückfrage, wie lange die gesammelten Daten gespeichert werden und wie die datenschutzkonforme Erfassung erfolge, erklärt Herr Landes, installierte Kameras erstellen keine Bilder, sondern erfassen nur die Fahrzeuge, so dass keine sensiblen Daten gespeichert werden. Eine Speicherung sei auf zehn Jahre ausgelegt, aber letztlich entscheide die Verwaltung. Die Darstellung sei in Anzahl je Parkplatz möglich.

Oberbürgermeister Pauly erklärt, wenn das System einführt werde, gelte es auch zu überlegen, ob eine Steuerungsfunktion mit anderen Parkflächen in der Karlstraße übernommen werden solle.

Fraktionssprecher Blaurock bittet, ein Parkraumbewirtschaftungssystem getrennt zu diskutieren.

Beschluss: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

3) TOP 3-008/24 Wegweisung zu den Parkplätzen Kernstadt

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Amtsleiter Dereck führt in die Sitzungsvorlage ein und bittet, nicht jedes einzelne Bild aus der Vorlage zu diskutieren. Es solle sich in Gänze dem Thema genähert werden. Er dankt Herrn Arno Göpfert für die Unterstützung beim Erstellen der Sitzungsdrucksache.

Die Straßenverkehrsbehörden seien eindringlich darauf hingewiesen worden, den Schilderwald zu verringern. Nicht nur aus diesem Grund sei eine Überarbeitung und sinnvolle Beschilderung zu überdenken. Ein elektronisches System könne kombiniert werden. Zunächst gelte es jedoch festzustellen, für wen die Schilder aufgestellt werden. Aus seiner Sicht dienen sie in erster Linie für Ortsfremde. Daher sollten die Parkplätze getrennt dargestellt werden. Letztlich profitieren auch Ortskundige von den Informationen. Parkhäuser sollen seiner Meinung nach nicht extra ausgeschildert werden. Aufgrund der Innenstadtlage würde das den Parksuchverkehr nur unnötig verstärken.

Ortsunkundige orientieren sich erfahrungsgemäß an der Richtungsvorgabe „Innenstadt“. So werde man aktuell in die Karlstraße geleitet. Er schlägt daher vor, den Parkplatz hinter dem Rathaus als zentralen Punkt der Innenstadt zu deklarieren. Dieser sei als eindeutiger Parkplatz wahrnehmbar.

Die derzeitige Parkplatznummerierung sei nicht nachvollziehbar. Wegweiser zu Parkplatznummern müssten daher korrigiert und mit einer Innenstadt-Kennzeichnung versehen werden, so auch für den Bereich des CityRings.

Der Anregung von Amtsleiter Haller, die bisherige Bezeichnung von Parkplätzen zu überarbeiten, werde nachgegangen. Es sei nicht bei allen Plätzen eine neue Benennung möglich. Wenn geklärt sei, welcher Verkehrsteilnehmer wohin geleitet werden soll, könne man die Beschilderung überarbeiten. Auch ein kostenloses und unbefristetes Parken auf einem Innenstadtparkplatz sei eine Überlegung wert. Eine zeitliche Umsetzung und die Einrichtung von elektronischer Erfassung müsse ebenfalls erwogen werden.

Oberbürgermeister Pauly weist darauf hin, alle Faktoren hängen als ein System zusammen. Dieses gelte es zu beachten.

Stadtrat Lienhard dankt für die vielen sinnvollen Vorschläge. Er befürwortet die Änderung zu Parkplatznamen. Eine Ausschilderung des CityRings sei sinnvoll, wie auch die Beschilderung mit einem dynamischen System. Das habe große Priorität und könne den Parksuchverkehr verringern. Er regt eine Ausschilderung in der Karlstraße an. Eine Gebührenlegung sei zweitrangig. Die damit entstehenden Kosten müssten ebenfalls berücksichtigt werden. Dieser Aspekt solle noch offengehalten werden. Die Reduktion des Parksuchverkehrs sei notwendig und gewünscht.

Stadtrat Kuttruff lobt die strukturell gut aufgearbeitete Sitzungsvorlage. Er sieht es als richtigen Weg und nächsten Schritt. Ein Nummernsystem sei unsinnig. Bei der Benennung der Parkplätze sollen diese wie vorgeschlagen gewählt werden.

Fraktionssprecher Blaurock dankt für die zielführende Ausarbeitung. Das System müsse grundsätzlich geändert werden. Die Namensfindung kann er befürworten. Das Thema „City-Ring“ müsse kritisch beobachtet werden. Die Problematik am Finanzamt-Parkplatz sei ihm nicht bewusst gewesen. Besucher sollen keineswegs direkt zur Donauquelle oder zum Schloss, sondern auch in die Innenstadt geleitet werden.

Stadträtin Wiemer unterstützt die Umbenennung bzw. Benennung von Parkplätzen. Das führe nicht zuletzt auch bei Besuchern und Ortsunkundigen zu einer besseren Orientierung. Der

Parkplatz „Innenstadt“ hinter dem Rathaus mache Sinn. Sie regt zudem an, auf den Parkplätzen Orientierungskarten im Sinne der Willkommenskultur und Services für Touristen zu installieren. Sie hält es für richtig, auch auf die Parkplätze hinter dem Bahnhof und an der Gerbewiese zu verweisen. Das könne gut mitaufgenommen werden.

Stadträtin Wiemer ermutigt zur Parkraumbewirtschaftung und Gebührenlegung in der Karlstraße. Sie wünscht eine Aufstellung der zu erwartenden Kosten für eine Installation unter Berücksichtigung der Amortisation.

City-Managerin Neu lässt wissen, der Parkplatz „Innenstadt“ hinter dem Rathaus sei schon immer zeitlich auf drei Stunden begrenzt gewesen. Sie schließt sich an, an der Donauquelle eine Beschilderung in Richtung Innenstadt vorzunehmen.

Oberbürgermeister Pauly relativiert, Dauerparken solle vermieden werden. Wenn ein Parkplatz freigegeben würde, dann werde dieser auch von Anwohnern und Mitarbeitern von Gewerbe und Handel in der Innenstadt genutzt und oder missbräuchlich benutzt werden.

Auch Amtsleiter Dereck bestätigt, dass bei fehlenden Kontrollen Dauerparker beobachtet werden oder wie auch Parkende, die turnusmäßig die Parkscheiben weiterdrehen.

Amtsleiter Unkel bewertet eine unbegrenzte Parkdauer kritisch.

Fraktionssprecher Blaurock legt Wert darauf, dass festgehalten werde, dass alle Fraktionen sich für eine dynamische Beschilderung aussprechen. Eine Beauftragung solle mit der Ergänzung „Dynamische Schilder“ ergehen.

Amtsleiter Dereck weist darauf hin, dass die dynamische Anzeige der freien Parkplätze die statische Wegweisung nicht ausschließe. Es müsse aber geklärt werden, an welchen Parkplätzen die dynamische Anzeige auch sinnvoll sei.

Oberbürgermeister Pauly stellt abschließend fest, dass alle Fraktionen eine Beschilderung und Anzeige freier Parkflächen und Parkplätze befürworten. Die Berücksichtigung von Parkgebühren müsse weiter beraten werden.

Beschluss: Die statische Wegweisung soll unter Beachtung der Vorgaben weiter ausgearbeitet werden.

4) TOP 3-007/24 Tonnagebeschränkung im Bereich Stadtkirche

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt in die Sitzungsvorlage ein.

Grundsätzlich seien zwei Varianten möglich. Es bleibe aber der Lieferverkehr in der Karlstraße zu berücksichtigen. Die Sperrung von Bereichen führe letztlich zur Verlagerung des Verkehrs in andere Straßen. Das könne unter anderem auch durch die Wohngebiete stadtauswärts geschehen. Wenn eine Sperrung durchgesetzt würde, verlagere sich der LKW-Verkehr an andere Stelle.

Amtsleiter Dereck erläutert die Details wie in der Sitzungsvorlage dargestellt. Bei einer Tonnagebeschränkung wären auch Sprinter über 3,5 t zulässigem Gesamtgewicht betroffen. Es müsse geklärt werden, ob eine Beschränkung nur an der Stadtkirche oder im ganzen Residenzviertel ausgesprochen werden solle. Wenn nur auf eine Anlieferung in die Karlstraße begrenzt werden solle, könne man sich die Schilder sparen. Die Anlieferung für den Nahversorger in der Karlstraße müsse sorgsam überlegt werden, auch ab wo eine Beschilderung erfolgen solle.

Eine Verkehrszählung und eine Befragung hätten bereits stattgefunden. Verärgerte Anwohner der Werderstraße seien mit dieser Maßnahme wieder zu erwarten.

Der Verkehrsbehörde liege die Fürstenbergstraße schwer im Magen. Der Vorschlag, alternativ zur Tonnagebeschränkung einen Teil der Straße wegzunehmen und für Fußgänger freizugeben. Die Straße werde zu eng für den Gegenverkehr, so dass den stadtauswärts fahrenden Fahrzeugen Vorfahrt gewährt werden müsse.

Das Ergebnis der Verkehrsbeobachtung habe gezeigt, dass sehr viel mehr Fahrzeuge aus der Stadt heraus- als hereinfahren. Das seien seiner Ansicht die Verkehrsteilnehmer, die die Fürstenbergstraße als Abkürzung für andere Wegstrecken nutzen.

Die Stadtverwaltung bzw. Verkehrsbehörde sei nicht berechtigt, den Verkehr anzuhalten, sondern nur in der Momentaufnahme Verkehrsteilnehmer „aufschreiben“. Eine Videoüberwachung sei nicht datenschutzkonform.

Amtsleiter Unkel lässt wissen, bei der Neugestaltung des Residenzviertels sei man von einer gänzlich anderen Situation ausgegangen. Das Pflaster sei „shared Place“ gelegt worden, was aber der jetzigen Verkehrssituation überhaupt nicht gerecht werde. Das Grundproblem sei nicht mit einer Tonnagebeschränkung zu lösen. Fußgänger seien extrem gefährdet.

Oberbürgermeister Pauly unterstreicht, die Gestaltung sei dem Verkehr nicht angemessen. Die Hauptattraktionen liegen an einem Verkehrsknotenpunkt. Wenn kein Mut zur Sperrung vorhanden sei, müsse man klar definieren, was das Ziel sein solle.

Stadtrat Lienhard sieht die Zahl der LKWs pro Tag entscheidungsrelevant. Es mache nur eine Regelung Sinn, die klar kontrolliert werden könne. Navigationssysteme leiten auch trotz vorhandener Schilder und Wegweisungen. Die Beobachtung zeige, dass vorrangig von der Brauerei zur Stadtkirche hochgefahren werde. Er schlägt vor, die Strecke von der Tiefgarage bis zum Bräustüble zu sperren, aber nicht an der Kirche. Das Residenzviertel solle konsequent für LKWs gesperrt werden. Zu dem unterstützt er die Anbringung von Pollern an der Engstelle und stellt eine Ampelregelung wie auch eine Einbahnregelung in der Fürstenbergstraße zur Diskussion.

Stadtrat Dr. Klotzbücher merkt an, eine Engstellenregelung dränge sich auf.

Fraktionssprecher Blaurock nimmt deutlich mehr LKWs wahr, als in der Anlage mit 17 % dargestellt. Es stimme ihn nachdenklich, je intensiver er sich mit der Problematik befasse. Die Komplikationen werden so groß, dass es durch die baulichen Gegebenheiten praktisch nicht umsetzbar sei. Es sei vor Jahren davon ausgegangen, dass sich ein vierspuriger Zubringer auch auf die innerstädtische Verkehrssituation auswirken würde. Die Wege durch die Stadt seien

nicht kürzer oder schneller, aber die Bürger würden trotzdem andere Wege nehmen. Historisch sei viel versprochen worden.

Fraktionssprecher Milbradt erwähnt, in anderen Städten könne nur zeitlich begrenzt in die Innenstädte gefahren werden. Ihn interessiert es, ob es sich bei den LKWs hauptsächlich um Fahrzeuge der Brauerei handle. Er regt an, auf der Schnellstraße solle bereits für Brauereianlieferer ausgeschildert werden. Dieses sei auch beim Allmendshofener Zubringer zu überlegen

Oberbürgermeister Pauly berichtet, man habe im Vorfeld bereits Gespräche mit der Brauerei geführt. Da es sich um immer wieder wechselnde Fahrer handle, die strikt nach Navigationssystemen fahren, stehe er einer Beschilderung zweifelnd gegenüber. Die Brauerei könne Fahrer instruieren, jedoch nicht klar steuern. Nicht jede Anfahrt könne ausgeschildert werden. In der Innenstadt sind unterschiedliche Anlieferungen erforderlich. Da die Brauerei zentral ansässig ist, sei das auch mit viel Verkehr verbunden. Aber es handle sich nicht ausschließlich um Brauereilaster.

Stadträtin Wiemer bringt vor, ihre Fraktion könne bauliche Maßnahmen befürworten. Sie könne sich auch vorstellen, dass eine Schwelle oder ein Berliner Kissen zielführend sein könnten. (Amtsleiter Dereck und Amtsleiter Monien verneinen dieses.) Sie bestätigt, bei der Sanierung und Gestaltung des Residenzviertels sei man von anderen Grundlagen ausgegangen. Man habe mit deutlich weniger Besuchern gerechnet, die die Querung gut schaffen würden. Die Situation habe sich in Donaueschingen aber ganz klar verändert. Die Gästezahlen nehmen deutlich zu. Jetzt müsse man nachbessern. Sie sieht in dem Anbringen von Pollern und einer Fahrbahneinengung eine sinnvolle Maßnahme. Sie regt an, die Brauerei und Betriebe mit Anlieferung auf die Streckenführung und Wegfindung über die Josefstraße hinzuweisen.

Oberbürgermeister Pauly sieht hier keinen realistischen Erfolg. Entweder müsse ein Verbot ausgesprochen oder eine klare Regelung getroffen werden. Bereits zu anderen Themen habe man Gespräche geführt. Es mache wenig Sinn bei überschaubaren Möglichkeiten.

Stadträtin Stocker-Werb erfragt, ob es möglich sei, mit einem Gehverbot die Fußgänger zu leiten. Sie interessiert, ob ein Überquerungshilfe für Fußgänger an der Fürstenbergstraße angeboten werden könne.

Amtsleiter Dereck informiert, die Straßenverkehrsordnung sehe in diesem Fall Schilder vor, die installiert werden könnten. Das sei aber wenig sinnvoll, da sie an der Kirche angebracht werden müssten. Zudem sei das in einer Tempo-30-Zone wie auch in einer Tempo-20-Zone nicht sinnvoll. Gleiches gelte für Ampeln. Ein Schild „Gesperrt für Fußgänger“ sieht er in diesem Bereich als nicht zweckmäßig.

Fraktionssprecher Blaurock bringt vor, bei der Planung des Residenzviertels habe man damals auf Wunsch aller Fraktionen den Stadtboden als eine Verbindung vom Park zur Quelle darstellen wollen. Fußgänger sollten Vorrang haben. Es dürfe nicht immer den Autos und LKWs nachgegeben werden. Er sieht das Verkehrsverhalten bedenklich. In der Anlage seien nur Fahrzeuge mit einer Geschwindigkeit über 50 km/h dargestellt. Es müsse aber der Tourismus entwickelt werden und nicht der Autoverkehr

Stadtrat Kuttruff merkt an, das Thema sei bereits im Jahr 2009 intensiv beraten worden. Die Problematik der Engstelle sei damals bereits bekannt gewesen. Man habe es bis zum Jahr 2012 und den Heimattagen zurückgestellt. Er rät, dieses Thema als eigenen Tagesordnungspunkt anzumelden. Es bestünden bereits Ausarbeitungen des Büros Karajan, wie auch von anderen Experten. Man müsse sich damit befassen und Expertenmeinungen berücksichtigen

Oberbürgermeister Pauly erwähnt, es werde heute kein Beschluss gefasst. Dieses Thema müsse intensiv beraten werden. Es liegt aber unstrittig fest, dass das Gremium beschlossen habe, dass der Durchgangsverkehr aus der Stadt gelenkt werden solle.

Herr Baur, Gewerbeverein Donaueschingen, sieht die grundsätzliche Problematik bei den Zulieferern in der Karlstraße. Er empfiehlt, Fahrzeuge aus der Stadt in Richtung Schulstraße und Rathausplatz bzw. über die Karlstraße und dann über die Josefstraße zu leiten. LKWs sollen aus der Karlstraße herausfahren, aber nicht die Fürstenbergstraße wählen können. Unabhängig von dieser Regelung sei auch festzustellen, dass viel zu viele PKWs unterwegs seien. Er sieht auch die Pflicht einer notwendigen Reaktion bei den Navi-Anbietern.

Amtsleiter Haller berichtet, er sehe da wenige vielversprechende Möglichkeiten. In der Vergangenheit habe man bereits schlechte Erfahrungen mit falschgeleiteten Wohnmobilitätsnutzern in der Prinz-Fritzi-Allee gemacht. Nur ein Navigationssystem-Anbieter habe nach mehrmaligen und aufwändigen Hinweisen reagiert.

Oberbürgermeister Pauly sieht Probleme bei der Umleitung der LKWs durch die Schulstraße oder am Rathaus vorbei. Wenn irgendwo der Verkehr umgeleitet werde, tauche er anderswo wieder auf, da es sich bei der Karlstraße um die Haupteinkaufsstraße handle.

Auf den Einwand von Herrn Baur, der Anlieferungsverkehr müsse reguliert werden, sieht Amtsleiter Dereck die Gefahrenzonen in der Schulstraße durch den angrenzenden Kindergarten und die nahe Schule.

Amtsleiter Unkel stellt klar, er sei kein Verfechter der Angelegenheit, aber er rät die Veränderungen erst dann weiterzuverfolgen, wenn die alten Akten gesichtet und berücksichtigt wurden.

Oberbürgermeister Pauly weist nochmals darauf hin, dass der Mobilitätsausschuss ein beratender Ausschuss sei. Es werde daher der Auftrag an die Verwaltung erteilt, Vorschläge zu einer baulichen Umsetzung zur Beruhigung des Verkehrs an der Donauquelle für künftige Sitzungen zu erarbeiten. quelle zu erarbeiten.

Beschluss:

Die möglichen Verkehrsvarianten wurden zur Kenntnis genommen.

5) TOP 3-009/24 Verkehrsführung CityRing

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt in die Sitzungsvorlage ein.

Amtsleiter Dereck erläutert, am Bahnhof gestalte sich eine schwierige Situation. Es solle die Hagelrainstraße und die Güterstraße in den CityRing je in einer Richtung integriert werden. Es könne der Verkehr in einer Richtung über die Hagelrainstraße und in anderer Richtung über die Bahnhofstraße führen, so dass keine weiteren verkehrsrechtlichen Regelungen erforderlich seien.

Er hält den Schildhinweis „Sammlungen“ für irreführend. Es sei eine Unmenge an Informationen und Zielen untergebracht. Diese gehöre es auf wichtige Ziele zu reduzieren. Die Donauhallen und der Bahnhof müssen klar deklariert sein. Wenn ein Ring etabliert werden solle, dann müsse man auch den Autobahnzubringer nicht ausschließlich in Richtung Bad Dürkheim ausschildern, sondern auch über den Zubringer in Allmendshofen ausweisen. Ortsfremde sollen nicht immer über die Karlstraße geführt werden.

Oberbürgermeister Pauly weist darauf hin, dass das Logo des CityRings auch die Hagelrain- und Güterstraße andeute. Über die Mühlenbrücke sei eine parallele Wegführung möglich.

Stadtrat Lienhard leuchtet die Entschlackung der Schilder ein. Autobahn-Wegweiser sollen sinnvoll dargestellt werden. Die Hagelrain- und Güterstraße miteinzubeziehen, mache Sinn. Er bittet Details zu berücksichtigen. Das Wohnmobilsymbol solle ersatzlos gestrichen werden, da demnächst zwei Stellplätze vorhanden seien. Er meint, Wohnmobilisten orientieren sich nicht nach Schildern und möchte wissen, ob das Symbol für den CityRing auf Schildern sinnvoll und auch gestattet sei.

Amtsleiter Dereck verweist darauf, dass zwei Straßenbauträger bei der Schildergestaltung beteiligt seien. Die Schilder am Pferdekreisel beinhalten derart viele Informationen, dass eine Reduzierung vermutlich begrüßt werde.

Stadtrat Dr. Klotzbücher merkt an, es fehle ein Bildbeispiel für die Schilder von Hüfingen am Zubringer über den CityRing Ost und West. Alles andere könne so weiterverfolgt werden.

Fraktionssprecher Blaurock wünscht, dass auch die Radfahrwege auf dem CityRing dargestellt werden sollen. Hierzu müsste man sich aber Überlegungen für die Hermann-Fischer-Allee und die Hagelrainstraße machen. Er stelle den Antrag an die Verwaltung, die Ausweisung der Hermann-Fischer-Allee für Radfahrer als Einbahnstraße zu prüfen.

Im Rahmen des Lärmschutzes und des Lärmaktionsplanes seien an der Güterstraße kritische Stellen aufgefallen. Dieses solle auch beim Hindenburgring kritisch betrachtet werden.

Oberbürgermeister Pauly informiert, der Lärmaktionsplan sei noch nicht abgeschlossen und werde nicht vernachlässigt. Die Hagelrain- und Güterstraße, wie auch die Hermann-Fischer-Allee verlaufen parallel. Durch die Brücken müssen immer Straßen gekreuzt werden. Bei der Neuen Wolterdinger Straße sei dieses schwierig für Linksabbieger zu regeln. Daher könne man auch erwägen, den Ring in zwei Richtungen zu leiten. Hier sei eine Beurteilung durch einen Verkehrstechniker erforderlich. Eine Beschilderung sei notwendig und sinnvoll.

Fraktionssprecher Milbradt ergänzt, es handle sich um ein Gesamtpaket, bei dem alles berücksichtigt werden müsse.

Stadträtin Wiemer schließt sich ihrem Vorredner an. Sie hält das Logo für sehr gelungen. Wenn eine gute Ausschilderung vorhanden sei, wäre aus ihrer Sicht auch die Akzeptanz der Mitbürger gegeben.

Beschluss: Die Ausschilderung soll unter Einbindung der Hagelrainstraße und Güterstraße weiter verfolgt werden.

6) TOP 3-006/24 „Hopp on Hopp off“ Bus - Antrag der GUB vom 25.10.2020

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Fraktionssprecher Milbradt führt in die Sitzungsvorlage ein. Es gehe ihm darum, dem Landratsamt ein Signal zu geben, dieses Thema bei weiteren Planungen zu berücksichtigen. Die Stadtbuslinien seien bereits im Gemeinderat thematisiert worden. Er wünscht, dass sich das Landratsamt mit der Streckenführung befasse und Vorschläge erarbeite, wie die Linienbusse aus der Innenstadt geführt werden könnten.

Amtsleiter Dereck wendet ein, dass das Landratsamt dieses verneinen werde. Die Stadtverwaltung müsse sich über die Linienführung Gedanken machen. Dieses solle im Rahmen der Vertragsabschlüsse erfolgen.

Oberbürgermeister Pauly erwidert, der Antrag der GUB beschreibt, dass die Überland- und Regionalbusse aus der Stadt genommen werden sollen. Wenn aber eine Buslinie in minimaler Cityschleife gewünscht sei, so falle das nicht in die Zuständigkeit des Landratsamtes. Die Stadt müsse diese Linie beauftragen und auch finanzieren. Für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in den Städten seien auch die Städte zuständig. Bei den Überlandbussen sei dieses beim Landratsamt verortet.

Oberbürgermeister Pauly schlägt vor, dieses mit der kommenden Ausschreibung für einen Dienstleister (für den Busverkehr in der Kernstadt) zu verbinden. Änderungen des derzeitigen Vertrags mit der Verkehrsgesellschaft Bregtal (VGB) seien nicht möglich. Der Vertrag bestehe bis 2027.

Amtsleiter Dereck hält es für richtig, bereits ein Jahr vorher in Verhandlungen zu gehen und daher bereits jetzt bald darüber nachzudenken, was beinhaltet sein solle.

Oberbürgermeister Pauly lässt wissen, dieser Vertrag werde europaweit ausgeschrieben und sei mit Busbestellungen verbunden. Die Thematik sei jetzt aktuell. Daher schlage die Verwaltung vor, wenn man die Diskussion beginne, dann müsse auch die Überlegung miteinfließen lassen, ob weitere Linien oder Gewerbegebietsanschlüsse dazu genommen werden sollen. Neue Richtungen könne man wohlwollend in die Beratungen aufnehmen. Es können auch unterjährig Angebote eingeholt werden, aber es müsse das Gesamtsystem des Stadtbusses und die Neuausschreibung der Verkehre gesehen werden.

Er informiert, auf Landesebene werden derzeit Ausschreibungen mit Elektrobussen vorgenommen. Dieses werde auch bei den nächsten Verhandlungen thematisiert. Bisher fehle noch die dafür erforderliche Ladeinfrastruktur. Es sei daher eine frühzeitige Ausschreibung ratsam. Dieser Aspekt solle ebenfalls in die Diskussion mit aufgenommen werden.

Stadtrat Lienhard äußert sich, die Überlandbusse sollen unangefochten nicht in der Karlstraße fahren. Herr Fetzer vom Landratsamt sei bereits in einer Sitzung des Mobilitätsausschusses anwesend gewesen. Er habe es grundsätzlich nicht abgelehnt, aber es sei so formuliert worden, dass ein Hopp-on-Hopp-off-Bus oder ein Ringbus weitere Kosten erzeugen würde. Zudem sei die zusätzliche Frequenz zu überlegen. Hier sei die Meinung eines Experten erforderlich.

Fraktionssprecher Blaurock merkt an, mehrere Fraktionen seien für Innovationen beim Stadtbus und hätten bereits darauf appelliert, Ideen umzusetzen.

Es seien bereits verschiedene Aspekte in anderen Regionalverbänden umgesetzt worden. Für die zukünftigen neuen Mitglieder des Gemeinderats werde dieses eine schwierige Aufgabe und Diskussion, auch hinsichtlich des Einsatzes von Elektrobussen und Schleifenveränderungen. Es sollen möglichst früh Entscheidungen getroffen werden. Der Stadtbus bleibe eine Herzensangelegenheit.

Seiner Meinung nach könne man die Überlandbusse nicht gänzlich aus der Karlstraße verbannen. Diese müssten frühzeitig auch behindertengerecht ausgestattet sein. Unter Berücksichtigung des Älterwerdens der Gesellschaft sei ein funktionierender ÖPNV unerlässlich. Man habe heute viel über den Individualverkehr diskutiert, aber es gelte auch den Nutzer des ÖPNV zu betrachten. Hier seien ganz andere Herausforderungen zu meistern.

Wie bereits in vorangegangenen Sitzungen geäußert, bittet er eindringlich, die erforderlichen Abrechnungen einzusehen. Der Vertragspartner müsse die Zahlen offenlegen.

Oberbürgermeister Paul nimmt hierzu Stellung: Mit Auslaufendes Vertrags müsse auch über die zukünftige Zusammenarbeit nachgedacht werden. Bisher wurde aus dem geschlossenen Vertrag gehandelt. Es seien noch keine Zahlen vorgelegt worden, obwohl diese an den Dieselszuschuss gekoppelt gewesen seien.

Stadträtin Wiemer bezweifelt, dass eine Zustimmung für diesen Bus zu finden sei, so lange der Individualverkehr überall parken dürfe. Nutzer des ÖPNV dürfen ihrer Meinung nicht mit zusätzlichen Umstiegen belastet werden, wenn es den PKWs gestattet sei, überall zu parken. Das Hüsler-Konzept sei gut ausgearbeitet worden und funktioniere im 30-Minuten-Takt. Das gelte jedoch nicht mit nur zwei Linien und zusätzlichen Haltestellen. Sicher gebe es regelmäßige Nutzer zu unterschiedlichsten Zeiten. Ein kleinerer Bus sei dennoch ungeeignet, da die Nutzerzahlen unvorhersehbar seien. Sie könne dem nicht zustimmen und plädiert gern für eine Fußgängerzone mit Aufenthaltsqualität und Sitzmöbeln o.ä., was ebenfalls nicht realistisch sei. Sie könne den Vorschlag der GUB nicht mittragen.

Oberbürgermeister Pauly sieht den Hopp-on-Hopp-off-Bus schwerpunktmäßig als zusätzliches Angebot zum Stadtbus. Das schlüssige Hüsler-Konzept solle nicht über Bord geworfen werden. Die klare Darstellung mit drei Linien sei praktikabel.

Stadtrat Dr. Klotzbücher stellt die Frage, was mit den überregionalen Bussen geschehen solle. Es sei eine völlig andere Diskussion. Er sehe hier keinen zusätzlichen Bedarf. Das Hüsler-Konzept sei nicht in Stein gemeißelt und man müsse abwarten, was mit den Überregionallinien geschehen solle.

Herr Kemter, Behindertenbeauftragter, bittet zur berücksichtigen, dass bei Einrichtung eines Ringbusses der Busbahnhof nicht barrierefrei sei. Auch sei an vielen Straßen nur eine Seite der Haltestellen barrierefrei. Er appelliert an die Verwaltung, für den Umbau zu barrierefreien Bushaltestellen zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Oberbürgermeister Pauly relativiert, es seien bereits einige Umbauten umgesetzt worden. Es sei an jeder Haltestelle des Donaubusses ein behindertengerechter Ein- und Ausstieg möglich. Über die finanziellen Mittel werde sukzessive mit dem jeweiligen Umbau entschieden. Man habe die Busbahnhofgestaltung nicht vergessen. Diese müsse gemacht werden, er bittet daher auch zu berücksichtigen, dass bei den Haushaltsberatungen leider nicht für alles auch genügend Geld vorhanden sei.

Stadträtin Wiemer resümiert, es stelle sich die Frage, ob nun zwei Linien mit Bus der drei Linien mit Bus weiterverfolgt werden sollen. Emotionalität schade bei diesem Thema nicht, da die Lobby der ÖPNV-Nutzer so gering sei, dass eindringlich darauf hingewiesen werden müsse.

Beschluss:

Der Antrag der GUB hinsichtlich dem „Hopp on Hopp off“, Bus soll im Zusammenhang mit den Gesamtüberlegungen zur Fortführung des Stadtbusses in Donaueschingen berücksichtigt werden.

7) TOP Mitteilungen der Verwaltung

Linienführung Regionalbusse

Oberbürgermeister Pauly gibt bekannt, s habe im Gespräch mit Herrn Fetzer, Landratsamt, den Wunsch gegeben, die Buslinienführung von der Sebastianskapelle zum Rathausplatz über die Käferstraße direkt zum Bahnhof zu gestalten. Dies habe den Vorteil einer direkten Verkehrsführung. Die Innenstadt-Haltestellen seien gut anfahrbar. Von dort können man die Kernstadt fußläufig gut erreichen bzw. auf den Donabus umsteigen.

Amtsleiter Monien bestätigt, theoretisch wie auch baulich sei eine direkte Linienführung von der Lehenstraße über den Rathausplatz in die Käferstraße machbar. Es werde aber eine Vorlaufzeit erforderlich sein. Die baulichen Veränderungen seien bedingt möglich. Der Begegnungsverkehr auf dem Rathausplatz bleibe problematisch. Auf den Individualverkehr müsse auf dem Rathausplatz dann aber aus seiner Sicht verzichtet werden. Der Vorschlag könne weiter ausgearbeitet werden. Es fehle noch die Rückmeldung des Landratsamtes. Es würde eine elegante Lösung darstellen, da in der Lehen- wie auch der Käferstraße so oder so Verkehr herrsche.

Stadtrat Lienhard nimmt die Darstellung positiv auf. Das entspreche 1:1 dem Antrag seiner Fraktion.

Oberbürgermeister Pauly bemerkt abschließend, weitere Überlegungen werden zusammen mit dem Landratsamt angestellt. Änderungen sollen im nächsten Mobilitätsausschuss mit einer Vorlage und einer bildlichen Darstellung erfolgen.

8) TOP Anfragen und Anträge aus dem Gemeinderat

Es werden keine Anfragen oder Anträge aus dem Gemeinderat gestellt.